



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Kreisausschuss

Es informiert Sie:	Andrea Pannen
Telefon:	02104/99-1223
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	andrea.pannen@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 16.12.2010

Niederschrift

zur Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungstermin Montag, den 13.12.2010, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Thomas Hendele

Mitglieder

Ernst Buddenberg

Alexandra Gräber

Ursula Greve-Tegeler

Berndt Hoffmann

Werner Horzella

Dr. Bernhard Ibold

Rainer Koester

Manfred Krick

Gertrud Laßmann

Dieter Roeloffs

Michael Ruppert

Stephan Schnitzler

Manfred Schulte

Max Schwienhorst

Ewald Vielhaus

Klaus-Dieter Völker

Dirk Wedel

(ab 17.06 Uhr, TOP 5)

(bis 17.05 Uhr, TOP 5)

Verwaltung

Harald Beier

Lothar Breitsprecher

Volker Freund

Dirk Haase

Ulrike Haase
Nils Hanheide
Peter Herweg
Daniela Hitzemann
Thomas Jarzombek
Regina Kohnert
Wolfgang Kohnert
Manfred Lochmann
Martina Mauden
Jochen C. Müller
Andrea Pannen
Jutta Pilz
Friedhelm Reusch
Martin M. Richter
Christin Rust
Frank Schäfer
Martin Schlüter
Thorsten Schmitz
Antje Schwörer
Martina Siebert
Petra Sinkiewicz
Christoph Waldhoff

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
2. Informationen der Verwaltung
3. Stellenplan 2011/2012 10/010/2010
4. Nachträge
 - 4.1. Beteiligungsverfahren der kreisangehörigen Städte zum
Zweijahreshaushalt 2011 / 2012
 - 4.1.1 Anregungen und Bedenken der kreisangehörigen Städte zum 20/061/2010
Zweijahreshaushalt 2011 / 2012
 - 4.1.2 Stellungnahme der Kreisverwaltung zu den Anregungen und 20/062/2010
Bedenken der kreisangehörigen Städte zum Zweijahres-
haushalt 2011 / 2012

- 4.2. Verwendung des Jahresüberschusses aus dem festgestellten Jahresabschluss 2009 20/034/2010
5. Haushalt 2011 / 2012 20/053/2010
1. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für die Haushaltsjahre 2011 / 2012
 - a) Gesamtergebnisplan
 - b) Gesamtfinanzplan
 2. Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für die Haushaltsjahre 2011 / 2012

Nicht öffentlicher Teil

6. Informationen der Verwaltung
7. Nachträge
- 7.1. Panorama-Radweg Niederbergbahn - Nachauftragsvergabe Nr. 1, Landschafts- Wegebau 65/006/2010

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen worden sind. Anschließend stellt er die Anwesenheit (KA Carraro und KA Kuchler fehlen entschuldigt) und die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass die Tagesordnung fristgerecht im öffentlichen Teil um die Beratungspunkte

4.1. Beteiligungsverfahren der kreisangehörigen Städte zum Zweijahreshaushalt 2011 / 2012

4.1.1 Anregungen und Bedenken der kreisangehörigen Städte zum Zweijahreshaushalt 2011 / 2012

4.1.2 Stellungnahme der Kreisverwaltung zu den Anregungen und Bedenken der kreisangehörigen Städte zum Zweijahreshaushalt 2011 / 2012

4.2. Verwendung des Jahresüberschusses aus dem festgestellten Jahresabschluss 2009

und im nichtöffentlichen Teil um den Beratungspunkt

7.1. Panorama-Radweg Niederbergbahn - Nachauftragsvergabe Nr. 1, Landschafts- Wegebau

erweitert wurde.

Er schlägt vor, die Beratungspunkte

4.1. Beteiligungsverfahren der kreisangehörigen Städte zum Zweijahreshaushalt 2011 / 2012

4.1.1 Anregungen und Bedenken der kreisangehörigen Städte zum Zweijahreshaushalt 2011 / 2012

4.1.2 Stellungnahme der Kreisverwaltung zu den Anregungen und Bedenken der kreisangehörigen Städte zum Zweijahreshaushalt 2011 / 2012

wieder von der Tagesordnung abzusetzen, da die Vorberatung zu diesen Tagesordnungspunkten bereits in der Sitzung des Kreisausschusses vom 06.12.2010 erfolgte.

Diesem Vorschlag stimmen die Mitglieder des Kreisausschusses einstimmig zu.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die so geänderte Tagesordnung wird festgestellt. (Liste der in der Zeit vom 01.01. bis 13.12.2010 genehmigten überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen: s. **Anlage 1**).

Als Tischvorlage liegt die aktualisierte Übersicht aller Änderungsanträge und Anfragen zum Haushalt 2011 / 2012 aus.

Die Mitglieder haben sich bereits in der Sitzung des Kreisausschusses vom 06.12.2010 darauf verständigt, die Beratungen heute gegen 18.00 Uhr zu unterbrechen, um sie in der Sitzung des Kreisausschusses am 16.12.2010 fortzusetzen.

Zu Punkt 2: Informationen der Verwaltung
--

Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts

Herr Hanheide erinnert an die Diskussion des Kreisausschusses aus der Sitzung vom 06.12.2010 zum Thema „Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts“. Nachfragen haben ergeben, dass das Abstimmungsverfahren zum Referentenentwurf zur Umsetzung der EU-Abfallrichtlinie innerhalb der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen ist. Er schlägt daher vor, den Resolutionsentwurf in der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung im 1. Quartal 2011 erneut zu beraten.

Landrat Hendele sichert zu, für die Sitzung des Fachausschusses den aktuellen Stand des Referentenentwurfes darzustellen und schlägt vor, den Beratungspunkt von der Tagesordnung der Kreistagssitzung am 20.12.2010 abzusetzen.

Zu Punkt 3: Stellenplan 2011/2012 - Vorlage Nr. 10/010/2010

Auf Nachfrage von KA Wedel erläutert Herr Kohnert die bisherigen Maßnahmen der Verwaltung zur Umsetzung der vom Kreistag beschlossenen Budgetierung der Personalkosten.

Landrat Hendele ergänzt, dass die Budgetierung zum 01.01.2011 umgesetzt werde. Er weist jedoch darauf hin, dass sich erst im Verlauf der Jahre 2011 und 2012 zeigen werde, ob die unter Berücksichtigung des Personalkostendeckelungsbeschlusses gebildeten Budgets auskömmlich sind. Maßgeblich werde dies von der Höhe der zu erwartenden Tarifsteigerungen beeinflusst.

Auf Wunsch von KA Völker und KA Wedel sichert der Landrat zu, die Interfraktionelle Runde über den Sachstand der Personalkostenbewirtschaftung zu informieren. Darüber hinaus werde die Verwaltung im Laufe des Jahres 2011 eine Übersicht über frei werdende Stellen vorlegen und ihr Vorhaben (Nachbesetzung / Einsparung) erläutern.
In diesem Zusammenhang weist der Landrat darauf hin, dass sich der Kreis einen Ausbildungsverzicht nicht leisten könne.

KA Schulte erklärt, dass die SPD-Fraktion dem quantitativen Stellenplan zustimmen werde. Er sieht jedoch Probleme in der Personalentwicklung. Sparen sei kein zukunftssträchtiges Personalkonzept. Die Kosten müssten immer in Relation zu den in den jeweiligen Produkten gebildeten Kennzahlen gesetzt werden.

Auf Frage von KA Dr. Ibold zur Position des Personalrates, erklärt Herr Kohnert, dass dieser hinsichtlich des quantitativen Stellenplans keine Entscheidungskompetenz habe, eine Einrichtung von Planstellen jedoch grundsätzlich immer befürworte.

KA Horzella erklärt, dass die Fraktion UWG-ME den Stellenplan grundsätzlich mittrage. Es blieben jedoch Zweifel, ob insbesondere die für das Jahr 2012 vorgesehenen Personalkostenansätze auskömmlich sein werden.

Nach abschließender Diskussion erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

Der Stellenplan 2011/2012 (Teil A und B in **Anlagen 2 und 3**) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

bei 1 Enthaltung der Fraktion UWG-ME und 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Punkt 4:	Nachträge
Zu Punkt 4.1:	Beteiligungsverfahren der kreisangehörigen Städte zum Zweijahreshaushalt 2011 / 2012 - Vorlage Nr.
Zu Punkt 4.1.1:	Anregungen und Bedenken der kreisangehörigen Städte zum Zweijahreshaushalt 2011 / 2012 - Vorlage Nr. 20/061/2010
Zu Punkt 4.1.2:	Stellungnahme der Kreisverwaltung zu den Anregungen und Bedenken der kreisangehörigen Städte zum Zweijahreshaushalt 2011 / 2012 - Vorlage Nr. 20/062/2010

– wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. Formalien) –

Zu Punkt 4.2: Verwendung des Jahresüberschusses aus dem festgestellten Jahresabschluss 2009 - Vorlage Nr. 20/034/2010

Landrat Hendele weist zunächst darauf hin, dass seitens der SPD-Fraktion ein Antrag vorliege, den Jahresüberschuss 2009 nicht der allgemeinen Rücklage zuzuführen, sondern zur Entlastung der kreisangehörigen Städte zu verwenden.

Darüber hinaus habe die Fraktion DIE LINKE. zum Tagesordnungspunkt „Haushalt 2011 / 2012“ einen Veränderungsantrag gestellt, der sich ebenfalls auf die Verwendung des Jahresüberschusses bezieht. Demnach sollen 500.000 € aus dem Jahresüberschuss zur Erstellung eines Energiekonzeptes verwandt werden.

KA Schulte erläutert den Antrag seiner Fraktion hinsichtlich der finanztechnischen Abwicklung und stellt fest, dass nach Ansicht der SPD-Fraktion das Eigenkapital des Kreises zwar nicht verzehrt, in wirtschaftlich schlechten Zeiten jedoch auch nicht weiter aufgebaut werden müsse.

KA Koester erläutert die Notwendigkeit zur Erstellung eines Energiekonzeptes. Das Ergebnis des Jahresüberschusses lasse es seiner Meinung nach zu, einen Teilbetrag von 500.000 € dafür zu nutzen.

KA Dr. Ibold spricht sich dafür aus, grundsätzlich im Sinne des SPD-Antrages zu verfahren, jedoch 500.000 € des Jahresüberschusses für die Erstellung eines Energiekonzeptes zu verwenden. Er erinnert in diesem Zusammenhang an zahlreiche Anträge seiner Fraktion zum Thema „Klimaschutz- und Energiekonzept“.

KA Wedel verweist auf den Haushaltsentwurf, in dem die Verwaltung bereits vorgeschlagen habe, das Haushaltsdefizit durch den Einsatz des Eigenkapitals von 9,4 Mio. bzw. 8,9 Mio. € auszugleichen. In den geplanten Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage von insges. 18,3 Mio. € seien die 3 Mio. € Jahresüberschuss aus 2009 bereits einkalkuliert worden. Der Antrag der SPD-Fraktion führe seiner Auffassung nach dazu, dass das Geld zweimal ausgegeben würde.

KA Völker und KA Wedel stellen fest, dass sich der Kreis mit dem geplanten Verzehr des Eigenkapitals wieder auf dem Niveau der Eröffnungsbilanz von 2007 befinde und machen deutlich, dass sie eine Reduzierung des Eigenkapitals unterhalb des Wertes der Eröffnungsbilanz nicht mittragen werden.

KA Horzella weist in diesem Zusammenhang auf einen Antrag seiner Fraktion zur Verwendung der zu erwartenden Mittel aus der Wohngelderstattung hin und spricht sich dafür aus, die Höhe der Kreisumlage für die Jahre 2011 und 2012 auf Höhe des Zahlbetrages 2010 zu begrenzen.

KA Schulte ist er Auffassung, dass es durchaus Situationen geben kann, in denen der Kreis sein Eigenkapital verzehren sollte. Er hält es für durchaus realistisch, diesen Betrag im Laufe der nächsten zwei Jahre wieder aufzubauen.

Herr Herweg berichtet, dass es eine gesetzliche Verpflichtung gebe, den Jahresüberschuss der allgemeinen Rücklage zuzuführen. Er erinnert an Aussagen der Bezirksregierung an andere umlagefinanzierte Gemeindeverbände, dass ein Verzehr von Eigenkapital nicht akzeptiert werde. Außerdem sei seiner Einschätzung nach in absehbarer Zeit nicht mit erneuten Jahresüberschüssen zu rechnen.

Nach abschließender Diskussion lässt Landrat Hendele zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Der im geprüften Jahresabschluss 2009 festgestellte Jahresüberschuss in Höhe von 3.226.955,31 € wird zur Entlastung der kreisangehörigen Städte verwandt, in dem eine Ausgleichsrücklage in Höhe dieses Betrages gebildet wird.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

6 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1 Enthaltung Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion
1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Landrat Hendele lässt anschließend über den Beschlussvorschlag der Verwaltung als weitergehenden Antrag abstimmen:

Beschluss:

Der im geprüften Jahresabschluss 2009 festgestellte Jahresüberschuss in Höhe von 3.226.955,31 € wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Der festgestellte, abrechnungsbedingte Fehlbetrag aus der Bewirtschaftung der fremden Haushalte in Höhe von 32.204,37 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Eine Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. erübrigt sich damit.

Zu Punkt 5: Haushalt 2011 / 2012
1. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für die Haushaltsjahre 2011 / 2012
a) Gesamtergebnisplan
b) Gesamtfinanplan
2. Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für die Haushaltsjahre 2011 / 2012
- Vorlage Nr. 20/053/2010

Zum Verfahren teilt Landrat Hendele mit, dass für die Haushaltsberatungen das bekannte schriftliche Antragsverfahren Anwendung findet. Die eingereichten Anträge der Fraktionen, die Anträge, die in den Fachausschüssen nicht abschließend beraten wurden und die zusätzlichen Änderungsvorschläge des Landrates liegen allen Mitgliedern des Kreisausschusses als Tischvorlage (**Anlage 4**) vor.

Der Landrat wird die einzelnen Produktbereiche mit den dazugehörigen Produkten aufrufen. Die Änderungsanträge stehen bei den jeweiligen Produkten zur Beratung und Beschlussfassung an.

Beratungsgrundlage bildet der am 07.10.2010 eingebrachte Haushaltsentwurf in der von den Fachausschüssen vorberatenen Form, d.h. in der Fassung der vorliegenden Veränderungsnachweise.

Produktbereich 01 (Innere Verwaltung)
Produkte 01.01.01 - 01.16.01

Veränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die interkommunale Zusammenarbeit fortzuführen und auszubauen. Mit den kreisangehörigen Städten soll dazu einvernehmlich ein Zielkatalog aufgestellt und erarbeitet werden.

Begründung:

Der Kreis soll als Klammer der Städte etabliert werden, indem gemeinsam mit den Städten weitere Felder der interkommunalen Zusammenarbeit erschlossen werden. Kriterien der Zusammenarbeit liegen in der Nutzung wirtschafts-, sozial-, umwelt- und finanzpolitischer Vorteile für alle Städte oder von Städten mit gleicher Interessenslage. Ziel ist die Erschließung dieser Vorteile und Förderung der Kreisgemeinschaft.

Der Kreis soll den entsprechenden Austausch mit den Städten initiieren. Zunächst sollen aktuelle Kooperationen aufgelistet, analysiert und auf Erfolg unter den benannten Kennziffern bewertet werden. In einem zweiten Schritt sollen unter Beteiligung der Städte neue Ansätze der Zusammenarbeit entwickelt werden. Schließlich sollen als gewinnbringend erachtete Kooperationen unter Federführung des Kreises organisatorisch umgesetzt werden.

Die Mitglieder des Kreisausschusses sind sich einig, dass Möglichkeiten der Interkommunalen Zusammenarbeit ausgelotet und verstärkt genutzt werden sollen. Dabei sei es wichtig, eine vertrauensvolle Kommunikationsbasis mit den kreisangehörigen Städten zu schaffen. Diese grundsätzlichen Gespräche verursachen jedoch keine finanziellen Aufwendungen und müssen daher nicht im Haushalt etatisiert werden.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass der Kreis Kooperationen jederzeit aufgeschlossen gegenüber stehe. Die Bereitschaft bei den kreisangehörigen Städten hierzu sei jedoch teilweise sehr verhalten.

Mit Blick auf den Beschluss des Kreisausschusses vom 06.12.2010, einmal jährlich über Bemühungen der Interkommunalen Zusammenarbeit zu berichten und diesen Bericht den kreisangehörigen Städten zukommen zu lassen, **zieht KA Lassmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag zurück.**

Produkt 01.13.01 (kaufmännisches Gebäudemanagement)

Veränderungsantrag des Landrates

S. 165, Zeile 16 im Ergebnisplan
 S. 167, Zeile 15 im Finanzplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)	2.109.200	2.109.200	2.109.200	2.109.200				
Ansatz (neu)	2.342.200	2.342.200	2.342.200	2.342.200				

Begründung:

Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten am Berufskolleg Ratingen, Minoritenstraße 10, im Herbst 2010 wurde seitens der Stadt Ratingen eine Mietpreiserhöhung angestrebt. Der derzeitige Mietzins liegt bei 4,50 € pro m², ab 2011 soll die Miete auf 7,62 € pro m² erhöht werden. Dies entspricht der Miete eines vergleichbaren Gewerbeobjekts im Stadtgebiet Ratingen. Es ist daher erforderlich, die zusätzlichen Kosten in Höhe von 233.000 € jährlich einzuplanen und die Haushaltsansätze entsprechend zu erhöhen.

Veränderungsantrag des Landrates

S. 165, Zeile 2 im Ergebnisplan

S. 167, Zeile 2 im Finanzplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)	890.300	2.126.300			122.350	1.600.550		
Ansatz (neu)	1.123.300	2.359.300			355.350	1.833.550		

Begründung:

Die Mehrbelastung der Berufskollegs ist im Haushalt auf die nachfolgenden Produkte aufgeteilt:

01.13.01, 01.13.04, 03.01.01 bis 03.01.04 und 03.03.01.

Aufgrund der Mietpreiserhöhung in Höhe von 233.000 € für das Berufskolleg Ratingen ist der entsprechende Anteil der Mehrbelastung beim Produkt 01.13.01 ebenfalls anzupassen. Die sich darüber hinaus im Ergebnisplan ergebenden finanziellen Auswirkungen (bilanzielle Abschreibung) sind entsprechend zu berücksichtigen.

Landrat Hendele erläutert die beiden Veränderungsanträge und schlägt vor, hierüber gemeinsam zu beraten.

Nach kurzer Diskussion stellt er die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

- Nicht Öffentlicher Teil -

...

- Öffentlicher Teil -

Die beiden Anträge werden einstimmig angenommen.

Produkt 01.13.04 (techn. Gebäude. Berufskollegs)

Landrat Hendele weist zunächst darauf hin, dass die drei ursprünglich für die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses gestellten Veränderungsanträge der Fraktionen von CDU, FDP und UWG-ME zur Verschiebung des Baus der Mensa am Berufskolleg Mettmann zwischenzeitlich zu einem gemeinsamen Antrag zusammengefasst wurden.

Veränderungsantrag Fraktionen von CDU, FDP und UWG-ME

S. 192 Zeile 25 (Errichtung einer Mensa am Berufskolleg Mettmann) im Finanzplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)					515.000	1.800.000	500.000	1.800.000/0
Ansatz (neu)					15.000	500.000	2.300.000	1.800.000/0

Die Fraktionen von CDU, FDP und UWG-ME beantragen, den Bau der Mensa am Berufskolleg Mettmann um 1 Jahr auf 2012/2013 zu verschieben.
Die sich daraus im Ergebnisplan ergebenden finanziellen Auswirkungen sind entsprechend zu berücksichtigen.

KA Völker, KA Wedel und KA Horzella erläutern den gemeinsamen Antrag.

KA Koester erinnert an Diskussionen zu den Haushaltsplanberatungen 2010 und weist darauf hin, dass im Rahmen des Offenen Ganztagsangebotes zwingend eine Mensa vorzuhalten sei, um den Ansprüchen an die Mahlzeiten genügen zu können.

KA Schulte sieht in einer Verschiebung des Baus keinen Sinn, zumal sich die tatsächlich kreisumlagererelevanten Abschreibungen in einem finanziell überschaubaren Rahmen bewegen.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

- 6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
- 4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
- 2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
- 1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 01.13.06 (Techn. Gebäudemanagement, Wohnverbund für Menschen mit Behinderung)

Veränderungsantrag der Fraktion UWG-ME

Seite 216, Zeile 25 (Erweiterung Speisesaal) im Finanzplan

Die Fraktion UWG-ME beantragt, auf die Erweiterung des Speisesaals zu verzichten und schlägt vor, ggf. durch Organisationsmaßnahmen eine Ablaufverbesserung zu erreichen.

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)							125.000	10.000
Ansatz (neu)							0	0

Begründung

Die Erweiterung des vorhandenen Speisesaales mag wünschenswert sein, trägt aber "nur" zur Verbesserung des Ablaufes ein. Neben den 125.000 € Baukosten sind auch Folgekosten zu erwarten. Da ebenfalls sehr dringende Maßnahmen wegen der angespannten Haushaltslage aus den Jahren 2011 und 2012 in spätere Jahre geschoben werden müssen, ist auf die-

se Maßnahme, die zwar erst 2013 vorgesehen ist, zu verzichten. Es ist zu prüfen, ob durch andere Maßnahmen (z.B. organisatorische), Verbesserungen im Ablauf der Esseneinnahme erreicht werden können.

Landrat Hendele informiert die Anwesenden, dass der Antrag zur weiteren Beratung und ohne Beschlussempfehlung durch den Bau- und Planungsausschuss an den Kreisausschuss verwiesen wurde.

KA Horzella erläutert den Antrag seiner Fraktion.

KA Völker und KA Wedel machen deutlich, dass sie den Prüfauftrag mittragen werden.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion

4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion

2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME

1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

01.13.07 (Technisches Gebäudemanagement Sonderkindergärten)

Veränderungsantrag der CDU-Fraktion

Seite 225, Zeile 24 (HPK Heiligenhaus) im Finanzplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)					310.000			
Ansatz (neu)								

Im Zusammenhang mit dem Neubau des heilpädagogischen Kindergartens zu einer inklusiven Einrichtung beantragt die CDU-Fraktion, die Verwaltung solle bezüglich des Grundstückspreises mit der Stadt Heiligenhaus nachverhandeln.

Veränderungsantrag der FDP-Fraktion

S. 225 Zeile 24 und 25 (Grunderwerb und Baumaßnahme HPK Heiligenhaus) im Finanzplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)					310.000 und 690.000	2.000.000	500.000	0
Ansatz (neu)								

Bis zur verbindlichen Klärung eines angemessenen Beitrages der Stadt Heiligenhaus auch zu den Investitionskosten beantragt die FDP-Fraktion die Sperrung des Gesamtansatzes.

Anfrage:

- 1) Gibt es im Einzugsgebiet der Heilpädagogischen Kindertagesstätte Heiligenhaus neben dem Gebäude der ehemaligen Grundschule Rohdenhaus kein anderes geeignetes Gebäude, in dem eine integrative Kindertagesstätte betrieben werden könnte?
- 2) Wie ist die Position der Stadt Wülfrath zu einer etwaigen integrativen Kindertagesstätte im Gebäude der ehemaligen Grundschule Rohdenhaus? Ist eine Verlagerung von Plätzen für Regelkinder innerhalb der Stadt Wülfrath möglich? Welche Kosten würden gegebenenfalls entstehen?
- 3) Obliegt die Instandhaltungs- und/oder -setzungspflicht aus dem Mietverhältnis der Stadt Heiligenhaus? Ist die Stadt Heiligenhaus diesen Pflichten gegebenenfalls nicht ausreichend nachgekommen? Welche Maßnahmen hat die Kreisverwaltung deshalb gegebenenfalls unternommen?
- 4) Steht das Grundstück, auf dem die integrative Kindertagesstätte in Heiligenhaus errichtet werden soll, im Eigentum der öffentlichen Hand? Wenn ja, in wessen?
- 5) Wie hoch ist der Wert des Grundstücks? Liegt ein Gutachten des Gutachterausschusses für Grundstückswerte vor?
- 6) Wer soll den Trägeranteil in Bezug auf die Regelkinder tragen?

Antrag der Fraktion UWG-ME

S. 225 Zeile 25 (Neubau HPK Heiligenhaus) im Finanzplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)					720.000	2.000.000	500.000	0
Ansatz (neu)								

Die Fraktion UWG-ME beantragt, an der Gesamtmaßnahme für den Neubau des vorgesehenen Kindergartens in Heiligenhaus von Anfang an, also auch bei der Finanzierung, die Stadt Heiligenhaus mit ihrem Anteil zu beteiligen. Der Standard der Maßnahme ist zu überprüfen und auf das erforderliche Maß zu reduzieren. Der Anteil ist entsprechend zu berechnen und der Kreisanteil im Haushaltsansatz zu kürzen.

Begründung

Für den Neubau des HPK Kindergartens ist eine gemeinsame Nutzung mit der Stadt Heiligenhaus vorgesehen. Nach der Begründung des Produktes auf Seite 228 ist die Maßnahme nicht alleinige Pflichtaufgabe des Kreises. Vielmehr wird hier auch eine Aufgabe der Stadt Heiligenhaus abgedeckt. Insgesamt geht es nicht nur um die Grundstücks- und Neubaufkosten in Höhe von rund 4,7 Mio. €, sondern auch um die damit verbundenen Folgekosten, die dann im Ergebnisplan und damit auf die Kreisumlage Auswirkung zeigen werden.

Wegen der angespannten Haushaltslage sollte darum die Stadt Heiligenhaus von Anfang an und nicht erst nach Fertigstellung, an der Gesamtfinanzierung (getrennt) beteiligt werden.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob bei einem Quadratmeterpreis von 4.300 € (ohne Grundstück) die Erstellungskosten nicht zu optimieren sind. Ein anderes Handeln könnte Erwartungen in anderen kreisangehörigen Städten wecken und/oder zum Präzedenzfall werden.

Landrat Hendele schlägt vor, über diese Anträge gemeinsam zu beraten. Die Fragen der FDP-Fraktion wurden durch die Verwaltung bereits in nicht öffentlicher Sitzung des Bau- und Planungsausschusses beantwortet. Dort wurden die Anträge ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss verwiesen.

Zwischen den Fraktionen und der Verwaltung bestand Einigkeit darüber, mit der Stadt Heiligenhaus weiter zu verhandeln, um eine höhere Beteiligung der Stadt zu erreichen. Den Kreisausschussmitgliedern liegt die gewünschte Stellungnahme der Verwaltung vor, die Informationen zu Grunderwerbskosten, Trägerschaft, Investitions- sowie Unterhaltungs- und Betriebskosten gibt.

KA Wedel modifiziert den Antrag seiner Fraktion dahingehend, dass 690.000 € Planungskosten im Jahr 2011 vom Sperrvermerk ausgenommen werden sollen.

Als Ergebnis der Nachverhandlungen mit der Stadt Heiligenhaus vom 29.11.2010 berichtet Frau Haase, dass die Stadt prüfen wird, ob sie dem Kreis das Grundstück kostenlos zur Verfügung stellen kann. Über eine Beteiligung an den Betriebskosten werde weiter verhandelt. Auf Nachfrage von KA Wedel weist sie darauf hin, dass die Personalkosten vom Kreis getragen werden. Für die Kinder mit besonderem Förderbedarf erhält der Kreis jedoch Erstattungen des Landschaftsverbandes und für die Regelkinder über das Kinderbildungsgesetz.

KA Horzella macht deutlich, dass die Kosten so verursachergerecht wie möglich zwischen Kreis und Stadt aufgeteilt werden sollten. Hier sollten keine Präzedenzfälle geschaffen werden, in dem der Kreis Kosten übernimmt, die eigentlich seitens einer Stadt zu tragen wären. Seine Fraktion trägt den modifizierten Antrag der FDP-Fraktion mit.

Landrat Hendele sichert auf Wunsch des Kreisausschusses zu, ein nachvollziehbares Konzept vorzulegen, in dem unter Nennung der jeweiligen Rechtsgrundlagen dargelegt wird, welche Zuständigkeiten bei der Stadt, welche beim Kreis liegen und wer welche Kosten trägt. Diese Übersicht soll sich sowohl auf die Planungs- und Baukosten als auch auf Unterhaltungs-

und Betriebskosten beziehen und zudem die derzeitige Handhabung in Langenfeld und Velbert darlegen.

KA Völker und KA Horzella ziehen die jeweiligen Anträge ihrer Fraktionen zurück, so dass die Abstimmung über den modifizierten Antrag der FDP-Fraktion erfolgt (Einrichtung eines Sperrvermerks für den Grunderwerb der heilpädagogischen Kindertagesstätte in Heiligenhaus mit Ausnahme der Planungskosten von 690.000 €):

Der Antrag wird einstimmig bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. angenommen.

Produkt 01.16.01 (Informationstechnik, Telefonzentrale)

Veränderungsantrag des Landrates

S. 248, Zeile 13 im Ergebnisplan

S. 250, Zeile 12 im Finanzplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012
Planansatz (alt)	1.685.600	1.700.350	1.468.250		1.685.600	1.700.350
Ansatz (neu)	1.746.400	1.711.400	1.472.100		1.685.600	1.700.350

2013	2014/15
1.468.250	
1.468.250	

Begründung:

Zu den letzten Aufgaben im Rahmen der Reintegration des ME-BIT gehört die Übernahme der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten durch den Kreis Mettmann. Auf der Grundlage des Jahresabschlusses 2009 und unter Berücksichtigung der NKF-Regelungen sind im Haushaltsplan 2011/2012 aktive Rechnungsabgrenzungsposten in folgender Höhe zu veranschlagen:

60.800 EUR in 2011,

11.050 EUR in 2012,

3.850 EUR in 2013.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Veränderungsantrag des Landrates

S. 248, Zeile 16 im Ergebnisplan

S. 250, Zeile 15 im Finanzplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012
Planansatz (alt)	2.595.650				2.595.650	
Ansatz (neu)	2.623.750				2.595.650	

2013	2014/15

Begründung:

Zu den letzten Aufgaben im Rahmen der Reintegration des ME-BIT gehört die Übernahme der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten durch den Kreis Mettmann. Auf der Grundlage des Jahresabschlusses 2009 und unter Berücksichtigung der NKF-Regelungen ist im Haushaltsjahr 2011 ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von rd. 28.100 EUR zu veranschlagen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Veränderungsantrag der FDP- Fraktion

Seite 248, Zeile 17 im Ergebnisplan

Beträge in €	2011	2012
Planansatz (alt)	7.725.200	7.668.400
Ansatz (neu)	7.225.200	7.168.400

Die FDP-Fraktion beantragt, die Haushaltsansätze für 2011 und 2012 um insgesamt 1 Mio. € zu verringern. Zudem sollte bis zu einer Entscheidung des Kreistages über das Organisations- und Personalentwicklungskonzept im Bereich der Informationstechnologie sowie eine IT-Strategie eine Sperrung des Ansatzes in Höhe von 500.000 € erfolgen.

Begründung:

Aufgrund der angespannten Finanzsituation erscheint eine Steigerung der Aufwendungen für das Produkt Informationstechnik gegenüber dem Haushaltsansatz 2010 um 1 Mio. € nicht vertretbar. Nach der Wiedereingliederung in die Kreisverwaltung sollte eine Verschlankeung der Strukturen erfolgen. Potential dafür dürften insbesondere die vom Amt für Informationstechnik als einzigem Fachamt –aufgrund der vormaligen Organisation als eigenbetriebsähnliche Einrichtung – wahrgenommenen Querschnittsaufgaben bieten, bei deren Rückverlage-

rung in die Querschnittsämter durch den Abbau von Parallelstrukturen nennenswerte Synergieeffekte zu erwarten sein dürften.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass der Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Informationstechnologie wegen Beratungsbedarfs einstimmig, bei Enthaltungen der SPD-Fraktion, an den Kreisausschuss verwiesen wurde. Die Verwaltung hatte zugesagt, bis zur Sitzung des Kreisausschusses darzulegen, welche weitreichenden Konsequenzen eine Reduzierung bzw. Sperrung des Ansatzes für die Verwaltung und die Schulen hätte (Verzögerungen, Verzicht auf Maßnahmen usw.)

Aufgrund des Beschlusses des Kreisausschusses vom 06.12.2010, sich noch einmal mit der IT-Strategie und der grundsätzlichen Neuaufstellung im Ausschuss für Informationstechnologie zu beschäftigen, **zieht KA Wedel den Antrag seiner Fraktion zurück**. Er regt jedoch an, die Fachanwendungsplanung künftig auch im Ausschuss für Informationstechnologie vorzustellen.

Anschließend wird der Produktbereich 01 mehrheitlich angenommen.

- 6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
- 4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
- 2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
- 2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
- 1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE.
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produktbereich 02 (Sicherheit und Ordnung)

Produkte 02.01.01. - 02.08.01

Der Produktbereich 02 wird einstimmig bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. angenommen.

Produktbereich 03 (Schulträgeraufgaben)

Produkte 03.01.01 – 03.05.01

Produkt 03.01.02 (Berufskolleg Neandertal, Mettmann)

Veränderungsantrag der Fraktionen von CDU, FDP und UWG-ME

Landrat Hendele weist zunächst darauf hin, dass die drei ursprünglich für die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses gestellten Veränderungsanträge der Fraktionen von CDU, FDP und UWG-ME zur Verschiebung der Einrichtungskosten im Zusammenhang mit dem Bau der Mensa am Berufskolleg Mettmann zwischenzeitlich zu einem gemeinsamen Antrag zusammengefasst wurden.

Seite 426, Zeile 26 im Finanzplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)					53.250	55.200	370.000	60.000/ 60.000
Ansatz (neu)					33.250	55.200	80.000	370.000/ 60.000

Die Fraktionen von CDU, FDP und UWG-ME beantragen, analog zum Neubau auch die Einrichtung der Mensa für das BK Mettmann um 1 Jahr nach 2012/2013/2014 zu verschieben. Die sich daraus im Ergebnisplan ergebenden finanziellen Auswirkungen sind entsprechend zu berücksichtigen.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

- 6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
- 4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
- 2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
- 1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 03.02.06 (Förderschule für Emotionale und soziale Entwicklung Velbert)

Landrat Hendele weist darauf hin, dass mit den folgenden zwei Veränderungsanträgen die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vom 06.12.2010 zur Einrichtung von dritten Gruppen im Offenen Ganztage an der Förderschule für Emotionale und soziale Entwicklung in Velbert und an der Paul-Maar-Schule nachvollzogen wird.

Veränderungsantrag des Landrates

Seite 496, Zeile 13 im Ergebnisplan
Seite 498, Zeilen 12 und 26 im Finanzplan

Beträge in €	Zeile	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)	13 (EP)	166.950	202.750	199.450	199.000				
Ansatz (neu)		166.950	209.650	199.450	199.000				
Planansatz (alt)	12 (FP)					166.950	198.750	198.450	198.000
Ansatz (neu)						169.950	201.750	198.450	198.000
Planansatz (alt)	26 (FP)					5.900	15.650	15.200	15.200
Ansatz (neu)						14.200	17.650	15.200	15.200

Begründung:

Die Förderschule für Emotionale und soziale Entwicklung in Velbert führt seit dem 01.08.2005 außerunterrichtliche Angebote im Primarbereich im Rahmen der Offenen Ganztage (OGaTa) durch. Zum 01.08.2012 soll auf Grund des hohen Bedarfs eine 3. Gruppe für die OGaTa eingerichtet werden. Die Unterbringung erfolgt in einem zusätzlich angemieteten Raum in der Dependence der Schule in Wülfrath. Mit den im Ergebnis- und Finanzplan insgesamt veranschlagten Mitteln i.H.v. 11.300 € soll die Einrichtung des Raumes mit Mobiliar und Lern- und Lehrmitteln finanziert werden.

Produkt 03.02.07 (Paul-Maar-Schule)

Veränderungsantrag des Landrates

Seite 505, Zeile 13 im Ergebnisplan

Seite 507, Zeilen 12 und 26 im Finanzplan

Beträge in €	Zeile	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)	13 (EP)	166.150	201.950	198.500	197.950				
Ansatz (neu)		173.050	201.950	198.500	197.950				
Planansatz (alt)	12 (FP)					165.600	197.700	197.500	196.950
Ansatz (neu)						168.600	197.700	197.500	196.650
Planansatz (alt)	26 (FP)					8.950	17.150	17.400	17.400
Ansatz (neu)						17.250	11.150	17.400	17.400

Begründung:

Die Paul-Maar-Schule führt seit dem 01.02.2007 außerunterrichtliche Angebote im Primarbereich im Rahmen der Offenen Ganztagschule (OGaTa) durch. Zum 01.08.2011 soll auf Grund des hohen Bedarfs eine 3. Gruppe für die OGaTa eingerichtet werden. Unter der Voraussetzung, dass eine Verlängerung des Mietvertrages am bisherigen Standort möglich ist, erfolgt die Unterbringung in einem noch zu errichtenden Fertigbaumodul. Mit den im Ergebnis- und Finanzplan insgesamt veranschlagten Mitteln i.H.v. 11.300 € soll die Einrichtung der Räumlichkeiten mit Mobiliar und Lern- und Lehrmitteln finanziert werden. Da die Einrichtung komplett im Jahr 2011 erfolgt, kann auf die ursprünglich für das Jahr 2012 vorgesehenen Mittel i.H.v. 6.000 € (Zeile 26 TFP) verzichtet werden.

Die Anträge werden einstimmig angenommen.

Anschließend wird der Produktbereich 03 mehrheitlich angenommen

- 6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
- 4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
- 2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
- 2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
- 1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produktbereich 04 (Kultur und Wissenschaft)
Produkte 04.01.01 – 04.01.02

Produkt 04.01.01 (Kulturelle Projekte und Vereinigungen)

Antrag der CDU-Fraktion

Seite 549, Zeile 13 im Ergebnisplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)	202.100	84.000	202.100	84.000/ 202.100				
Ansatz (neu)	202.100	74.000	202.100	74.000/ 202.100				

Da die Finanzierung der Biennale für 2013 noch völlig offen ist (keine Mittel aus der „Regionalen Kulturförderung“) beantragt die CDU-Fraktion, die 10.000,00 € für das Casting des Neanderländers/der Neanderländerin streichen.

Da das Casting jeweils im Vorjahr der Biennale stattfindet, sind die Mittel dementsprechend in 2012 und 2014 um je 10.000 € zu kürzen.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass der Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur wegen Beratungsbedarfs einstimmig an den Kreisausschuss verwiesen wurde.

KA Völker erläutert den Antrag seiner Fraktion.

KA Schule vertritt die Auffassung, dass Kürzungen im Kulturbereich nicht geeignet seien, den Haushalt zu sanieren. Er hält die Einrichtung eines Sperrvermerks für sinnvoller.

KA Dr. Ibold unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion.

Der Antrag wird einstimmig bei 4 Enthaltungen der SPD-Fraktion angenommen.

Antrag der CDU-Fraktion

Seite 549, Zeile 13 im Ergebnisplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)	202.100	84.000	202.100	74.000/ 202.100				
Ansatz (neu)	202.100	97.000	202.100	84.000/ 202.100				

Durch Wegfall der Teilnahme von Künstlern aus dem Kreis Mettmann an den Düsseldorfer „Kunstpunkten“ ist der Bedarf und das Interesse an dieser Veranstaltung sehr groß geworden, sie sollte daher auf Antrag der CDU-Fraktion jährlich durchgeführt werden. /

Entsprechend soll vorerst für 2012 der Ansatz um 13.000 € erhöht werden. Finanzielle Kompensation erfolgt durch die beantragte Streichung der 10.000 € für das Casting des Neanderländers. Zusätzlich sollen neue Sponsoren gewonnen werden.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass der Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur wegen Beratungsbedarfs einstimmig an den Kreisausschuss verwiesen wurde.

KA Völker zieht den Antrag seiner Fraktion zurück.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

S. 549 Zeile 13 im Ergebnisplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)	202.100	84.000	202.100	74.000/ 202.100				
Ansatz (neu)								

Aus Gründen der Einsparung wurde im vergangenen Haushaltsjahr der Shuttlebusverkehr während der langen Nacht der Museen ausgesetzt. Erwartungsgemäß sind die Besucherzahlen im Jahr 2010 erheblich gesunken. Um die Veranstaltung auch in Zukunft wieder für einen größeren Personenkreis zugänglich, attraktiv und preisgünstig erreichbar zu machen, beantragt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Wiederaufnahme des Shuttlebusverkehrs und somit auch, die Fortführung der Veranstaltung insgesamt zu sichern. Als Deckungsvorschlag für die entstehenden Kosten benennt die Fraktion BÜNDNIS/DIE GRÜNEN Position 13, PB 04, PG 01, Casting einer /s Neanderländerin /s, in Höhe von 10.000 €.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass der Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur wegen Beratungsbedarfs einstimmig an den Kreisausschuss verwiesen wurde.

Nach Hinweis von KA Schulte, dass der Shuttlebusbetrieb u.a. deshalb eingestellt wurde, weil er kaum genutzt wurde, **zieht KA Dr. Ibold den Antrag seiner Fraktion zurück.**

Antrag der CDU-Fraktion

S. 549 Zeile 15 im Ergebnisplan

Die CDU-Fraktion beantragt, die Verwaltung möge prüfen, wie der Kreis Mettmann vom Eurovision Song Contest in Düsseldorf profitieren kann.

In diesem Zusammenhang sollen folgende Fragestellungen berücksichtigt werden:

- Welche Aktionen sind im Rahmen des in Düsseldorf stattfindenden Eurovision Song Contest in den kreisangehörigen Städten geplant?
- Wäre es sinnvoll, wenn der Kreis diese koordiniert?

Gegebenenfalls kann man durch Flyer auf diese Aktionen aufmerksam machen.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass der Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur wegen Beratungsbedarfs einstimmig an den Kreisausschuss verwiesen wurde.

Im Rahmen einer Bürgermeisterkonferenz habe man sich bereits darauf verständigt, dass der Kreis die Koordinierung übernehmen soll. Außerdem habe Frau Haase an einer Sitzung der interkommunalen Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Eurovision Song Contest in Düsseldorf teilgenommen. Dort werde aktuell diskutiert, ob u.a. ein spezielles ÖPNV-Ticket angeboten werden soll, mit dem auch verbilligte Museenbesuche verbunden sind.

KA Völker macht deutlich, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine finanziellen Mittel in den Haushalt eingestellt werden sollen. Ziel des Antrages seiner Fraktion sei es, seitens der Verwaltung eine Konzeption zur Beteiligung am Eurovision Song Contest zu erhalten. Nach Vorlage der Konzeption müsse ggf. über die Bereitstellung überplanmäßiger Mittel entschieden werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Antrag der CDU-Fraktion

S. 549 Zeile 15 im Ergebnisplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)	11.800							
Ansatz (neu)								

Die CDU-Fraktion beantragt, 3000 € Zuschuss für ein neues Projekt „Wie klingt eigentlich Pfingsten?“ zu sperren bis die näheren Einzelheiten dazu bekannt gegeben werden.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass der Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur wegen Beratungsbedarfs einstimmig an den Kreisausschuss verwiesen wurde.

KA Völker beantragt, den Veränderungsantrag seiner Fraktion dahingehend zu modifizieren, dass die Mittel nicht gesperrt, sondern gestrichen werden sollen.

Auf Nachfrage erläutert Frau Haase, dass es sich bei dem Projekt um ein nächtliches Orgelkonzert zu Pfingsten handele.

Der modifizierte Antrag wird einstimmig bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. angenommen.

Antrag der Fraktion UWG-ME

S. 549 Zeile 16 im Ergebnisplan

Das Kreisjahrbuch JOURNAL sei kein Erfolgsbuch und wecke, nachgewiesen durch die geringen Verkaufszahlen, nur geringes Interesse in der Bevölkerung des Kreises Mettmann. Die Fraktion UWG-ME beantragt, sofern der Inhalt des Jahrbuches über erhaltenswerte Beiträge und Bilder, die anderweitig noch nicht gesichert sind, verfügt, diese im Zeitalter der Digitalisierung entsprechend zu sichern. Auf den Papierdruck ist völlig zu verzichten, bzw. Interessenten gegen Gebühr digital zur Verfügung zu stellen. Die Kosten dafür sind zu ermitteln und entsprechend einzusetzen.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass der Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur wegen Beratungsbedarfs einstimmig an den Kreisausschuss verwiesen wurde.

Frau Haase berichtet, dass das JOURNAL in einer Auflage von 1.500 Stück aufgelegt wird, wovon 750 Exemplare als Geschenke und Repräsentationsmittel des Kreises genutzt und 500 Exemplare in den Handel zum Verkauf gegeben werden. Den Aufwand beziffert sie mit 15.000 €, wobei letztendlich nur 4.000,00 € nicht durch Erträge gedeckt werden können. Das JOURNAL sei im Jahr 2010 zum 30. Mal erschienen und diene nicht zuletzt der Förderung des Kreisbewusstseins.

KA Horzella macht deutlich, dass seine Fraktion nicht auf den historisch wertvollen und archivwürdigen Inhalt des JOURNALS, sondern lediglich auf die Druckvorlage verzichten möchte. Interessierten könnten die Inhalte ggf. in digitaler Form zur Verfügung gestellt werden.

KA Völker schlägt vor, das JOURNAL im Jahr 2011 letztmalig aufzulegen und die Verwaltung zu beauftragen, rechtzeitig für das Jahr 2012 eine Konzeption vorzulegen, wie die kulturelle Arbeit des Kreises zukünftig aufgestellt werden soll.

KA Koester spricht sich dafür aus, das JOURNAL – ggf. in Kombination mit elektronischen Medien – auch über das Jahr 2011 in der bisherigen Form zu erhalten.

KA Wedel vertritt die Auffassung, dass sich die Konzeption des JOURNAL überholt habe. Alle Bemühungen aus vergangenen Jahren (z.B. neues Layout) hätten keinen Erfolg gezeigt und nicht zur Steigerung der Nachfrage beigetragen.

KA Schule bittet sorgfältig zu überlegen, ob das JOURNAL vollständig eingestellt werden soll. Der Absatz am Markt sei nicht unbedingt ausschlaggebendes Kriterium für die Qualität eines Produktes.

Nach weiterer Diskussion beantragt KA Horzella, den Veränderungsantrag seiner Fraktion wie folgt zu modifizieren:

1. Die für 2012 etatisierten Mittel werden gesperrt.
2. Das Jahrbuch JOURNAL erscheint 2011 letztmalig.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, für kulturelle Publikationen ein neues Konzept vorzulegen.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

- 6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
- 4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
- 2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
- 1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Antrag der FDP-Fraktion

S. 549 Zeile 17 im Ergebnisplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)	441.850	324.250						
Ansatz (neu)	341.850	224.250						

Angesichts der angespannten Finanzsituation erscheint der FDP-Fraktion eine Reduzierung des Aufwandes um 100.000 € vertretbar. Insbesondere die Projekte „Wie klingt eigentlich Pfingsten“, das Kunstblatt ME-Art, das Kreisjahrbuch JOURNAL, der Kreiskulturpreis und das Casting für den Neanderländer sowie der erhöhte Personaleinsatz, der sich in einem Anstieg der Personalaufwendungen gegenüber dem Ergebnis 2009 um rund 72.000 € ausdrückt, sind zwar wünschenswert, aber nicht mehr finanzierbar. Die FDP-Fraktion beantragt daher, die Mittel entsprechend zu kürzen.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass der Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur wegen Beratungsbedarfs einstimmig an den Kreisausschuss verwiesen wurde.

Aufgrund der bisherigen Beratungen modifiziert KA Wedel den Antrag seiner Fraktion dahingehend, dass lediglich noch die Mittel für das Kunstblatt ME-Art gestrichen werden sollen.

Der so geänderte Antrag wird mehrheitlich angenommen.

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Enthaltungen SPD-Fraktion
2 Enthaltungen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Anschließend wird der Produktbereich 04 mehrheitlich angenommen

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Enthaltungen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produktbereich 05 (Soziale Leistungen)

Produkte 05.01.01 – 05.06.05

Veränderungsantrag der FDP- Fraktion

Seite 563 im Ergebnisplan

Die FDP-Fraktion beantragt, die Verwaltung möge prüfen, ob und gegebenenfalls unter welchen formellen und materiellen Voraussetzungen die Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH vom Kreis wahrgenommene Aufgaben im Bereich der Behindertenförderung auf eigene Rechnung übernehmen können.

Begründung:

Ausweislich der Jahresüberschüsse aus den Geschäftsjahren 2007 bis 2009 in Höhe von durchschnittlich 1,15 Mio. € sowie der zum 31.12.2009 ausgewiesenen liquiden Mittel in Höhe von über 5,7 Mio. € verfügt die WfB GmbH neben den erforderlichen Fachkenntnissen in der Behindertenförderung über ausreichende Finanzmittel um vom Kreis wahrgenommene Aufgaben in der Behindertenförderung auf eigene Rechnung zu übernehmen. Die entsprechenden formellen und materiellen Voraussetzungen, beispielsweise die Zulässigkeit einer entsprechenden Erweiterung des Gesellschaftszwecks, sollen durch die Verwaltung geprüft werden.

KA Wedel weist darauf hin, dass zunächst einmal ein Prüfauftrag an die Verwaltung ergehen soll, ob der Gesellschaftszweck der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH erweitert werden kann.

KA Schulte stellt klar, dass der Gesellschaftszweck abschließend im SGB IX bzw. in den Werkstattverträgen geregelt sei und hält eine Erweiterung für rechtlich nicht zulässig. Er kritisiert, dass die FDP-Fraktion die Liquidität der WFB als Ausgangspunkt für ihre Überlegungen gewählt habe.

Im Laufe der Diskussion macht KA Völker deutlich, dass es nur darum gehen könne, neue Geschäftsfelder zu entwickeln.

Nach abschließender Diskussion bittet KA Wedel darum, neben der Erweiterung des Gesellschaftszweckes auch umfassend zu prüfen, ob durch die WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH nicht auch weitere Projekte übernommen werden können.

Der so geänderte Antrag wird mehrheitlich angenommen.

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion

3 Nein-Stimmen SPD-Fraktion

(KA Krick hatte den Sitzungssaal verlassen)

2 Nein-Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

(KA Koester hatte den Sitzungssaal verlassen)

Anfragen der FDP-Fraktion

Produkt 05.03.01 (Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II)

Landrat Hendele ruft die Anfragen der FDP-Fraktion zu Produktbereich 05 sowie zu Produkt 05.03.01 gemeinsam auf.

Die FDP-Fraktion fragt an, welche konkreten Ansatzkürzungen die Verwaltung vornehmen würde, wenn der Kreistag eine Sparvorgabe in Höhe von 0,5% des Ergebnisses der laufenden Verwaltungstätigkeit des Produktbereichs 05 beschließen würde, die im Produktbereich 05 außerhalb des Produktes 05.03.01 zu erwirtschaften wäre?

Des Weiteren wird angefragt, ob angesichts der derzeit rückläufigen Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften auf vorläufig 18.383 im September 2010 die dem Haushaltsentwurf zugrunde liegende Annahme, dass die durchschnittliche Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Jahr 2011 bei rund 19.050 und im Jahr 2012 bei rund 19.350 liegen wird, vor dem Hintergrund der wieder anziehenden Konjunktur noch aktuell ist?

Herr Richter erinnert an die Zusage des Landrats bei der Einbringung des Haushaltes 2011/12, bis zur Verabschiedung am 20.12.2010 alle potentiellen Verbesserungen zu berücksichtigen und gerade im Bereich der Leistungen nach dem SGB II gegebenenfalls neue Ansatzberechnungen vorzunehmen.

Auf der Basis aktueller Datengrundlagen bzw. Prognosen der ARGE ME-aktiv, der Bundesagentur für Arbeit und des Deutschen Landkreistages erläutert er im Folgenden die sich ergebenden neuen Erkenntnisse:

Entwicklung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften

2011	alt	neu
Bedarfsgemeinschaften	19.046	18.787

2012	alt	neu
Bedarfsgemeinschaften	19.363	18.400

Neukalkulation des Zuschussbedarfs

Diese Prognosen führen zu Minderaufwendungen bei den Kosten der Unterkunft bzw. Mindererträgen bei der Bundesbeteiligung an den KdU-Aufwendungen, so dass sich folgender Zuschussbedarf ergibt:

2011	Planansatz	Neuberechnung	Veränderung
KdU	86.850.000	85.488.000	1.362.000
Bundesbeteiligung KdU	21.102.600	20.859.000	-243.600
Saldo/Zuschussbedarf			1.118.400

2012	Planansatz	Neuberechnung	Veränderung
KdU	90.620.000	84.788.000	5.832.000
Bundesbeteiligung KdU	24.455.300	20.434.000	- 4.021.300
Saldo/Zuschussbedarf			1.810.700

Berechnungsgrundlagen:

Mieten in 2011: 380 € Ø Monatsmiete
Mieten in 2012: 384 € Ø Monatsmiete
Bundesbeteiligung in 2011: 24,5 % der Nettoaufwendungen KdU
Bundesbeteiligung in 2012: 24,2 % der Nettoaufwendungen KdU

Herr Richter benennt abschließend die Risiken, die er insbesondere in einer weiteren Erhöhung von Miet- und Heizkosten einerseits und einer steigenden Zahl von Aufstockern andererseits sieht. Außerdem könnten Einflüsse einer möglichen Euro-Krise sowie die Auswirkungen der zusätzlichen Freizügigkeitsregelungen für EU-Bürger auf die Wirtschaftsentwicklung und mittelbar sowie unmittelbar auf den Arbeitsmarkt nicht beurteilt werden.

KA Wedel dankt Herrn Richter für die Beantwortung seiner Anfragen und erklärt zunächst, dass er die **Anfrage**, welche Ansatzkürzungen die Verwaltung bei einer Sparvorgabe des Kreistages von 0,5 % vornehmen würde, **zurückzieht**.

Er beantragt anschließend, den Zuschussbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit in 2011 um 1,1 Mio. € und in 2012 um 1,8 Mio. € zu reduzieren.

Nach kurzer Diskussion wird dieser Antrag wegen Beratungsbedarfs der CDU-Fraktion auf die Sitzung des Kreisausschusses am 16.12.2010 vertagt.

Anfrage der FDP-Fraktion

Produkt 05.04.07 (Integration)

Seite 656 Zeile 15 im Ergebnisplan

Die FDP-Fraktion fragt an, für welche neuen Projekte in den Jahren 2011 und 2012 die Ansatzsteigerung von 74.000 € erfolgen soll.

Herr Richter teilt mit, dass der Ansatz für den Bereich der Integration im Jahr 2010 deutlich reduziert wurde. Hintergrund war, dass nur in begrenztem Umfang neue Projekte des Europäischen Sozialfonds bzw. des Landes NRW aufgelegt wurden. Mit den erhöhten Ansätzen in den Jahren 2011 und 2012 wolle man nun wieder auf den Stand des Rechnungsergebnisses 2009 zurück.

KA Horzella bittet darum, die Mitarbeiter in den kreisangehörigen Städten so zu schulen, dass in allen Städten gleicher Sachstand und gleiche Qualität herrschen. Ziel müsse es seiner Auffassung nach sein, die Integrationsarbeit mittelfristig vollständig auf die kreisangehörigen Städte zu übertragen.

KA Lassmann vertritt die Auffassung, dass Integration auf allen Ebenen (Bund, Land, Kreis und Stadt) stattfinden müsse.

Die Anfrage der FDP-Fraktion wird abschließend beantwortet.

Produkt 05.05.02 (Besondere Leistung bei Behinderung)

Landrat Hendele schlägt vor, die beiden folgenden Veränderungsanträge zusammenhängend zu beraten.

Veränderungsantrag aus der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Sport

Seite 684, Zeile 15 im Ergebnisplan

Landrat Hendele weist darauf hin, dass der Ausschuss für Gesundheit und Sport in seiner Sitzung vom 29.11.2010 über die Ferienfreizeiten für Menschen mit Behinderung im Jahr 2010 beraten hat (s. Vorlage Nr. 57/002/2010).

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen. Der Ausschuss sprach sich allerdings dafür aus, das Produkt 05.05.02 (besondere Leistung bei Behinderung) und insbesondere die Durchführung von Ferienmaßnahmen für Kinder von Förderschulen im Kreisausschuss zu beraten.

Der Ausschuss hatte allerdings angeregt, Ferienmaßnahmen für Kinder aller Förderschulen des Kreises als Regelangebot in den Haushalt 2013 aufzunehmen

Antrag der SPD-Fraktion

S. 684, Zeile 15 im Ergebnisplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)	619.450	619.450						
Ansatz (neu)	669.450	669.450						

Begründung:

Der Ansatz soll um 50.000 € erhöht werden, um Erholungsmaßnahmen für Kinder mit Mehrfachbehinderung zu ermöglichen.

KA Schnitzler erläutert den Antrag seiner Fraktion und erinnert an die Diskussionen aus der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Sport. Die Bereitstellung von zusätzlich 50.000,00 € sei ein wichtiger Beitrag für die Gleichstellung behinderter und nicht behinderter Kinder.

KA Völker spricht sich angesichts der Haushaltslage dafür aus, die Ferienfreizeiten in den Förderschulen in den Jahren 2011 und 2012 auszusetzen.

Der von KA Dr. Ibold eingebrachte Vorschlag, jedes Jahr einer anderen Förderschule die Durchführung einer Ferienfreizeit zu ermöglichen, wird als unpraktikabel zurückgewiesen.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

6 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
2 Ja-Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion
1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Anschließend lässt der Landrat darüber abstimmen, die Ferienfreizeiten an den Förderschulen in den Jahren 2011 und 2012 auszusetzen und diese Überlegungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2013 mit einzubinden.

Der Antrag wird einstimmig bei 1 Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass die abschließende Abstimmung über den Produktbereich 05 heute nicht erfolgen kann, da die Beratung über den Antrag der FDP-Fraktion auf Reduzierung des Zuschussbedarfs im Produkt 05.03.01 (Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II) in die Sitzung des Kreisausschusses am 16.12.2010 vertagt wurde.

Er schlägt vor, die Haushaltsberatungen an dieser Stelle zu unterbrechen, um sie in der Sitzung des Kreisausschusses am 16.12.2010 fortzusetzen.

Diesem Vorschlag stimmen die Mitglieder des Kreisausschusses einstimmig zu.

Vor Einstieg in die Beratungen zu Tagesordnungspunkt 6. stellt Landrat Hendele die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

...

Ende der Sitzung: 18:04 Uhr

gez.
Thomas Hendele

gez.
Andrea Pannen